

ANFRAGE

des Abgeordneten Mag. Roman Haider

und weiterer Abgeordneter

an den Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

betreffend Firmenpleiten dank Russlandsanktionen

Wirtschaftsblatt vom 11.12.2014: „Die Firma Stetzl & Söhne Ges.m.b.H. hat am Landesgericht Korneuburg den Antrag auf Eröffnung eines Sanierungsverfahrens ohne Eigenverwaltung gestellt, berichteten die Gläubigerschutzverbände AKV und Creditreform. [...]“

Das Unternehmen wurde 1992 gegründet und beschäftigt sich mit der Produktion und dem Verkauf von Anhängern für die Landwirtschaft sowohl für das Gewerbe als auch für Privatkunden. **Die Insolvenzursachen liegen in einem massiven Auftragsverlust durch die Russland-Sanktionen, verursacht durch das Ausbleiben der Käufer aus deutschen landwirtschaftlichen Betrieben.**

Von der Pleite sind mehr als 100 Gläubiger und 49 Arbeitnehmer betroffen. Den Aktiva von rund 1,9 Millionen Euro stehen Passiva von 3,6 Millionen Euro gegenüber. Das Unternehmen soll fortgeführt werden. Die sofortige Schließung der Unternehmensbereiche Produktion und Buchhaltung/Lohnverrechnung wurde gerichtlich angeordnet.“

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft nachfolgende

Anfrage

1. Wie beurteilen Sie derartige Firmenpleiten als Folge der von der österreichischen Bundesregierung mitgetragenen Sanktionen gegen Russland?
2. Gibt es seitens Ihres Ministeriums Unterstützungsmaßnahmen, Förderungen oder Kompensationen für von den russischen Sanktionen stark betroffenen österreichischen Unternehmen?
3. Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, wie sehen diese genau aus?
4. Wird Ihr Ministerium im konkreten Insolvenzfall etwaige Maßnahmen ergreifen, oder aus diesem zumindest Schlüsse für die Zukunft ziehen?
5. Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, wie werden diese aussehen?